

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

der Abgeordneten DDr. Königshofer, Dr. Hübner  
und weiterer Abgeordneter

betreffend EU-Migrationspolitik

**eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 2 „Erklärungen des Bundeskanzlers  
und des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten  
gem. § 19 Abs. 2 GOG zur österreichischen EU-Politik samt Debatte“ in der 10.  
Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP., am 21. Jänner 2009**

Die Situation an EU-Außengrenzen ist alles andere als optimal. Die EU-Agentur FRONTEX wurde bekanntlich gegründet, um die Sicherung der EU-Außengrenzen zu verbessern. Jetzt ist klar, dass FRONTEX keine „EU-Küstenwache“ darstellt, sondern vielmehr zur Verbesserung der nationalen Schutzmechanismen dienen soll.

Laut Medien-Berichten befinden sich etwa 15 Millionen illegale Einwanderer in Europa, laut Schlepper-Bericht des BMI kommen fast 50 Prozent aller in Österreich befindlichen illegalen Einwanderer über Italien ins Land.

Auch im Zug der Schengen-Erweiterung hat sich die Situation nicht verbessert, im Gegenteil, es ist zu befürchten, dass durch die Grenzöffnung noch mehr illegale Einwanderer über die Ostgrenzen Österreichs ins Land strömen.

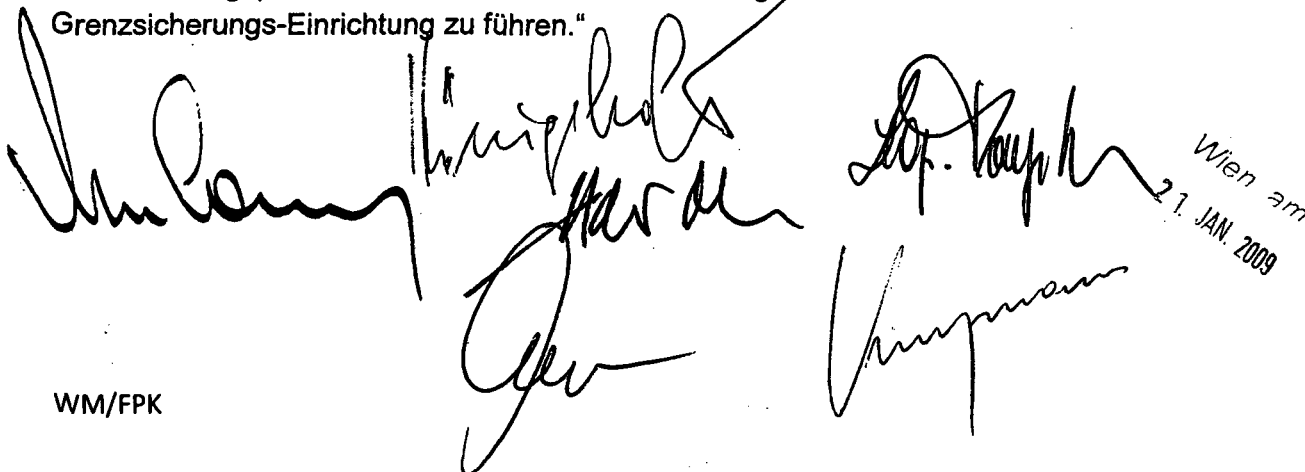
Es ist daher nur logisch, sich über eine gemeinsame restriktive Einwanderungspolitik auf europäischer Ebene Gedanken zu machen, und die bestehende EU-Agentur FRONTEX zu einer effizienten Grenzsicherungsagentur mit ausgeweiteten Befugnissen und Mitteln auszustatten

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die zuständigen Mitglieder der Österreichischen Bundesregierung werden aufgefordert, auf europäischer Ebene Verhandlungen zur Erreichung einer restriktiven europäischen Einwanderungspolitik und einem Ausbau der EU-Agentur FRONTEX zu einer effizienten Grenzsicherungs-Einrichtung zu führen.“



Wien am  
21. JAN. 2009